

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 095/2016  
Kiel, Montag, 7. März 2016

Bildung/Gymnasien

## Anita Klahn: Gymnasien brauchen die Wahlfreiheit

Zu Meldungen über eine niedrige Absolventenquote beim ersten G8-Jahrgang erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die erschreckenden Zahlen zeigen es: Die in 2007 von CDU und SPD vorgenommene Einführung von G8 erfolgte ohne entsprechende Anpassung der notwendigen Rahmenbedingungen für eine verkürzte Schulzeit. Sie war wenig durchdacht, vollkommen überstürzt und diente allein dem Zweck, die Gemeinschaftsschule als attraktive Schulart in den Fokus zu rücken. Darunter leiden Schülerinnen und Schüler bis heute.

Wer eine einfache ‚Entrümpelung‘ der Lehrpläne für G8 fordert, verkennt die Bedeutung der aufeinander aufbauenden Wissensvermittlung und fordert im Ergebnis eine Standardabsenkung. Diese Tendenzen sind bereits jetzt sichtbar, insbesondere in den Bereichen Naturwissenschaften und Mathematik. Weitere Maßnahmen wie die Abschaffung der Notenzeugnisse und der Schulübergangsempfehlungen sind für unsere Kinder nachteilig. Leistungsbereitschaft wird als Untugend suggeriert und individuelle gute Leistungen werden durch Gruppenbewertungen nivelliert.

Dazu wird die individuelle Reifeentwicklung der Jugendlichen völlig ignoriert, die für manchen Erkenntniserwerb notwendig ist. Und hier sind gerade die Jungen wegen der späteren Pubertät gegenüber Mädchen benachteiligt. Nach wie vor halten wir es aus liberaler Sicht für notwendig, dass die Gymnasien die Wahlfreiheit haben müssen, sich für G8, G9 oder einer Kombination von beidem entscheiden zu können.

Unser Land war da auch bereits Vorreiter. Es ist bedauerlich, dass Rot-Grün-Blau alles zurückgedreht hat und die Rückkehr der Wahlfreiheit an Gymnasien aus ideologischen Gründen blockiert, allein um Gemeinschaftsschulen attraktiver zu machen. Diese Politik zu Lasten der Kinder ist ziemlich durchsichtig und muss ein Ende finden.

Hinter jeder Schülerinnen und jedem Schüler, die ihr Abitur jetzt nicht schaffen, steht ein persönliches Schicksal, die Tragweite scheint den Koalitionären nicht klar zu sein.“